

Verwirrspiel zwischen Berlin/Hannover und Salzgitter

Hohn oder Inkompetenz- BMU hat „Keine Kenntnis der Sachlage Konrad“

2-485
17.10.99

Der Showkampf Trittin/Jüttner geht in eine neue Runde. In einem Rundschreiben an alle südostniedersächsischen Kreisverbände greift der Bundesumweltminister - in inzwischen bekannter Form - seinen niedersächsischen Amtskollegen frontal an. Trittin unterstellt dem Hause Jüttner „Propaganda“. Die Schuld am Konrad-Desaster habe nicht er, Trittin, sondern Jüttner, der immer wieder falsche Behauptungen kolportiere.

Fakt sei, so der Bundesumweltminister, Jüttner wolle Konrad. Seine Behörde habe im Mai 1998 festgestellt, dass es gegen Konrad keine rechtlichen oder sicherheitsrechtlichen Gründe gäbe, die Genehmigung für Schacht Konrad zu verweigern. „Anstatt das niedersächsische Ministerium zu einer Genehmigung zu zwingen, hat das Bundesumweltministerium Jüttner nahegelegt, bestimmte Fragen im Genehmigungsverfahren noch weiter zu prüfen“, stellt Trittin fest.

Der Minister wird zum Schluss seines Schreibens sehr deutlich, wie er die jüngsten Vorwürfe aus dem Hause Jüttner bewertet: „Es ist offenkundig, dass Wolfgang Jüttner das Endlager Schacht Konrad genehmigen, die Verantwortung dafür aber nicht bei sich und der SPD haben, sondern bei den Grünen und dem Bundesumweltminister abladen möchte. Diese Methode hat schon vor 1967 Jahren bei einem gewissen Pontius Pilatus nicht geklappt.“

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 1

Hohn oder Inkompetenz?

Wilhelm Schmidt (SPD) und Erster Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Partei, bestätigte auf Anfrage, dass er nach wie vor hinter dem vom Rat der Stadt im Juli verabschiedeten Resolution stehe. Wörtlich meinte Schmidt: „Ich arbeite unabhängig von der Resolution in engem Kontakt zu den Umweltministerien des Bundes und des Landes daran, die Entscheidung gegen den Schacht Konrad zu erreichen. Dies ist kein leichtes Unterfangen, weil wir den Weg entschädigungsfrei gestalten müssen.“ Der Politiker sieht jedoch Möglichkeiten, das Ziel zu erreichen. Schmidt abschließend: „Ich werde mich mit entsprechendem Nachdruck dafür einsetzen.“

Trittin unterstellt in diesem Zusammenhang SPD-nahen Kreisen, dass sie ein großes Interesse daran haben, dass Schacht Konrad genehmigt werde. So zum Beispiel Bundeswirtschaftsminister Müller. Einen Protest gegen Müllers Haltung seitens des niedersächsischen Umweltministers habe Trittin vermisst, lässt der Bundesminister verlautbaren.

In dem oft zitierten Koalitionsvertrag zwischen Rot/Grün unter dem Punkt 3.2 „Ausstieg aus der Atomenergie“ ist von Schacht Konrad nichts zu lesen. Es wird lediglich davon gesprochen, dass ein Endlager für alle radioaktiven Abfälle reiche, das sich in tiefen geologischen Formationen befinden soll. Explizit wird aber der Salzstock in Gorleben erwähnt. An dessen Eignung bestehen Zweifel. Kritiker meinen, die Zweifel seien an der Stärke des Widerstandes der Bevölkerung fest-

zumachen. In Salzgitter, so war aus gut informierter Quelle zu erfahren, werde der Widerstand in der Bevölkerung als eher gering bis gar nicht vorhanden eingeschätzt. Das mache eine politische Durchsetzung des Schachtes wahrscheinlicher.

Kurios mutet ein Absatz in dem Schreiben Trittins an die Kreisverbände an. Dort steht zu lesen, dass am 7. Juli das Bundeskabinett das Umweltministerium beauftragte, zusammen mit dem Wirtschaftsministerium eine Arbeitsgruppe einzurichten, mit dem Ziel zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, entschädigungsfrei aus der Atomenergie auszusteigen.

Das BMU erarbeitete ein internes Arbeitspapier, das festhält, was im Falle eines Dissenses mit den Energieversorgungsunternehmen rechtlich möglich ist. Es handelt sich dabei um eine juristische Stellungnahme des BMU, nicht um ein politisches Strategiepapier, stellt Trittin fest. Kernpunkt dieses Papiers ist die Neubewertung der Sicherheitsrisiken der Atomkraft.

In diesem Papier werden auch Aussagen zu Schacht Konrad getroffen. Dem Schreiben nach zu urteilen, hat das „BMU keine eigenen Erkenntnisse über die Sachlage, sondern musste sich dabei auf das stützen, was Niedersachsen - die zuständige planfeststellende Behörde - übermittelt hat.“

Vor dem Hintergrund, dass ein heutiger Mitarbeiter Trittins - Dr. Karl Biedermann - bis vor kurzem noch Referatsleiter für Atomwirtschaft beim Niedersächsischen Umweltministerium war, se-

hen Fachleute in der Aussage Trittins einen Hinweis auf die „Desolate Lage, in der sich Trittin befindet. Einerseits hat er das BFS als Antragsteller, das naturgemäß in der Sache steckt und dazu auch noch einen hohen Beamten, besagten Herrn Biedermann, der seinerseits stellvertretender Leiter des Erörterungstermins war. Trittin hat doch genügend Sachverstand um sich herum. Er sollte ihn gelegentlich auch mal nutzen. Wobei man sich sowieso die Frage stellen muss, warum ein so hervorragender Fachmann wie Biedermann Hannover in Richtung Berlin verlassen hat. Die Karriereleiter allein wird es wohl nicht gewesen sein.“

Der Bundesumweltminister Derschweig, bewusst oder unbewusst, dass es aus Niedersachsen nicht nur einen positiven Planfeststellungsbescheid gibt, also eine Art grünes Signal für Konrad. Ein negativer Bescheid wurde von der damaligen Bundesumweltministerin Angel Merkel per Weisung abgebügelt.

Es gibt dem Augenschein nach noch einen viel einfacheren Weg, um das Atommüllendlager Schacht Konrad endgültig zu verhindern: Das Bundesamt für Strahlenschutz könnte den Antrag für das Endlager einfach zurückziehen. „Theoretisch denkbar“, meint Trittin, es sei aber politisch abenteuerlich. Mit einem entsprechenden Antrag entstünden Rückzahlungsforderungen der Energiewirtschaft in Höhe von 1,4 Milliarden Mark, die vom Steuerzahler finanziert werden müssten. Zudem ist im Koalitionsvertrag vereinbart, dass der Atomausstieg entschädigungsfrei geregelt werden soll. FG

Schacht Konrad Wo bleibt die Glaubwürdigkeit?



Das Spiel nimmt Formen an. Sah es noch vor zwei Wochen nach einem „Schwarzer-Peter-Spiel“ aus, so entwickeln die Akteure Jüttner/Trittin dem Augenschein nach ein Abenteuerspiel. Ein Ziel des Spieles ist offenbar der Beschuss Salzgitters mit verbalen Nebelgranaten. Trittin scheut sich offenbar eine Entscheidung zu treffen. Ein glattes Nein zu Konrad würde ein milliardentiefes Loch in den bundesrepublikanischen Haushalt reißen. Ein klares Ja würde die Glaubwürdigkeit Trittins noch mehr erschüttern.

Und was macht Jüttner? Brav schluckt er die Trittinschen Verbalattacken. „Wir wollen die Äußerungen aus dem BMU nicht kommen-

tieren“, ist die stereotype Antwort aus dem niedersächsischen Umweltministerium: Warum redet Herr Jüttner nicht endlich Fraktur? Sein SPD-Genosse, Bundeswirtschaftsminister Müller hat damit weniger Probleme. Er sagt, was Sache ist: Konrad solle doch endlich genehmigt werden. Bei Müller weiß man, woran man ist. Angesichts des momentanen Zustandes der Regierungskoalition scheint es gar nicht so weit hergeholt, wenn Kritiker der Ansicht sind, dass sich Trittin

und Jüttner im Grunde einig sind. „Warten wir erst einmal den kommenden Bundestagswahlkampf ab. Vielleicht ändern sich ja die Mehrheitsverhältnisse wieder. Dann kann sich die neue Bundesregierung am Thema Konrad die Hände verbrennen.“ Nachdenklich stimmt mich ein Hinweis aus Berlin, der auf die Frage kam, warum der Name „Schacht Konrad“ nicht in dem Koalitionsvertrag festgehalten wurde. „Ursprünglich war die Nennung vorgesehen. Aber kurz vorher wurde er auf Betreiben der SPD rausgestrichen“, meint ein Mitarbeiter einer Behörde, die sich mit dem Thema befasst.

Halten wir fest: Kräht der Hahn auf dem Mist, bleibt alles wie es ist. Und wenn zwei Hähne krähen, darf man gespannt sein, was am Ende dabei heraus-, beziehungsweise „reinkommt“. Glück Auf.

Frank Groß